

WESER KURIER



TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MITTWOCH, 5. MÄRZ 2025 | 81. JAHRGANG | NR. 54 | EINZELPREIS 2,80 €

SPD und Union einigen sich auf Finanzpaket



Union und SPD (im Bild von links: Markus Söder, Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Saskia Esken) haben ein umfangreiches Finanzpaket für Verteidigung und Infrastrukt...

...tur geschnürt: Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse soll für Verteidigungsausgaben gelockert werden. Außerdem soll ein Sondervermögen für die In-

standsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden. Beide Beschlüsse sollen vom alten Bundestag getroffen werden. Allein haben Union und SPD dort

nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung.

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 4
TEXT: DPA/FOTO: KAY NIETFIELD

Hamas will ihre Waffen nicht niederlegen

Gaza. Die Hamas lehnt eigenen Angaben nach eine von Israel geforderte Demilitarisierung im Gazastreifen ab. Eine Entwaffnung der Gruppe sei für die Islamistenorganisation eine „rote Linie“ bei den Verhandlungen über die Fortsetzung der Waffenruhe-Vereinbarung, sagte ein Sprecher der Hamas.

Israels Außenminister Gideon Saar hatte zuvor laut Medien gesagt, Israel sei bereit, zur zweiten Phase der Waffenruhe-Vereinbarung mit der Hamas überzugehen, sollten diese alle Geiseln freilassen und der Gazastreifen vollständig entmilitarisiert werden. Dort gibt es neben der Hamas weitere bewaffnete Gruppierungen. In Berichten hieß es bislang, Israel wolle die Terrororganisation dazu bringen, einen Vorschlag zur Verlängerung der ersten Phase des Waffenruhe-Abkommens und der Freilassung aller verbliebenen Geiseln in zwei Schritten zu akzeptieren.

Mehrere Streitpunkte

Die zweite Phase des Abkommens sieht ein Ende des Kriegs sowie den Abzug israelischer Truppen vor. Sie sollte eigentlich Anfang März beginnen. Die Details dazu haben beide Konfliktparteien bislang nicht ausgehandelt. Die jüngste Erklärung der Hamas dürfte die Gespräche zwischen den Kriegsparteien weiter erschweren. Es gibt ohnehin schon mehrere Streitpunkte, bei denen die Positionen beider Seiten weit auseinanderliegen. Ob das Abkommen nach dem Auslaufen der ersten Phase am Wochenende hält, ist derzeit alles andere als gewiss.

Auch ein Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump nannte kürzlich die Entmilitarisierung des Gazastreifens als eines der Ziele der US-Regierung im Gaza-Konflikt. Israel hatte dies ebenfalls in der Vergangenheit mehrfach gefordert.

Die Hamas hält nach israelischen Informationen noch 24 Geiseln sowie 35 Leichen von Verschleppten fest. „Wenn die Hamas nicht bald die Geiseln freilässt, werden die Tore Gazas geschlossen und die Tore zur Hölle geöffnet“, sagte Israels Verteidigungsminister Israel Katz nach Angaben seines Büros. DPA

ÜBRIGENS ...

... scheint das Rekordhoch beim Butterpreis vom vergangenen Herbst nachzuwirken. Zumindest legt das eine Entdeckung nahe, die Polizisten in Kaiserslautern Anfang dieser Woche gemacht haben. 163 Packungen des Streichfetts fanden die Beamten am Montag bei zwei Dieben, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. 35 Pakete trug einer der Beschuldigten unter seinem Hemd, den Rest entdeckten die Beamten in einem Auto – neben weiteren gestohlenen Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Kleidungsstücken. Das Diebesgut des 37-Jährigen und seiner 42-jährigen Begleiterin soll einen Wert von rund 900 Euro gehabt haben. Statt der fetten Beute gab's aber nur eine Anzeige. DPA

Hilft eine Prämie gegen Fehltage?

Ein Bremer Betrieb zahlt einen Bonus für Monate ohne Krankheit

VON LISA SCHRÖDER

Bremen. Um den Krankenstand in Deutschland ist längst eine Diskussion entfacht – selbst wenn es zuletzt einen leichten Rückgang gegeben hat: Die Wirtschaft klagt über hohe Fehlzeiten. „Die Unternehmen leiden unter den extrem hohen Krankentagen“, sagt der Bremer Julius Runge. Einen gewissen Anteil an „klassischen Blaumachern“ habe es zwar immer gegeben, sagt der Geschäftsführer des Fachgroßhandels Tegro, der unter anderem Berufsbekleidung und Industribedarf anbietet. Seit Corona hätten die Krankenstände jedoch ein neues Niveau erreicht. Gerade bei den Auszubildenden gebe es hohe Ausfallquoten.

Was tun? Runge setzt auf Gespräche mit den Beschäftigten, die auffällig oft fehlten – und auf einen Bonus: Wenn die Beschäftigten im Vormonat nicht krank gewesen sind, gibt es zusätzlich zum Gehalt 150 Euro. „Das kommt sehr gut an“, sagt er. Einige andere Unternehmen gingen diesen Weg: „Da reden alle nicht so gern drüber. Das halte ich für einen Fehler.“ Runge spricht von einem „Vertretungsbonus“. Der solle jene Mitarbeiter belohnen, die wegen des Ausfalls von Kollegen eben auch eine höhere Belastung hätten. „Es ist ein heikles Thema“, sagt auch

Runge. Vor der Einführung habe es eine Mitarbeiterbefragung gegeben. Die Reaktionen seien positiv gewesen. Es gehe um eine Anerkennung der Beschäftigten im Dienst – und nicht eine Bestrafung derjenigen, die öfter krank seien.

Nicht nur positive Effekte

Eine Belohnung für die Beschäftigten? „Das klingt zunächst gut“, sagt Arbeitsmarktforscher Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Es sei zu erwarten, dass die Krankmeldungen im Unternehmen zurückgingen. Das sei bei der Einführung von Karenztagen zu beobachten. Doch ein solches Instrument habe Schattenseiten. „Ich treffe damit nicht nur die Blaumacher. Es steigt der Druck auf Menschen, die wirklich krank sind“, kritisiert Weber. In der Folge schleppten die Beschäftigten sich womöglich doch zur Arbeit, um die 150 Euro nicht zu verlieren. Das sei problematisch. Wer krank zur Arbeit gehe, könne seine Kollegen anstecken, sagt Weber. „Und es kommt zu mehr Fehlern und Unfällen.“ Der Experte geht nicht mit dem Argument mit, dass es für Beschäftigte mit Krankmeldungen keine Nachteile gebe, weil der Bonus zusätzlich zum Gehalt gezahlt werde. „Das ist Augen-

wischerei“, findet Weber. Am Ende müssten Beschäftigte, die öfter krank seien, eben auf Geld verzichten.

Auch Ernesto Harder lehnt einen solchen Bonus ab. „Es ist eine Gesundheitsprämie“, kritisiert der Geschäftsführer des DGB in der Region Bremen-Elbe-Weser. Es habe in der Vergangenheit immer wieder Krankheitswellen gegeben. Solche Spitzen – etwa in der Grippezeit – seien auch vor der Pandemie zu beobachten gewesen. Ein Bonus könne dazu verleiten, krank „mit dem Kopf unterm Arm“ in den Betrieb zu kommen und Kollegen anzustecken. Der Betroffene selbst verschleppe die Erkrankung. „Ich halte davon nichts“, sagt Harder. Um das vermeintlich schlechtere Arbeitsethos hierzulande gebe es eine Diskussion. „Das Gegenteil ist der Fall“, sieht es der Bremer DGB-Chef. Deutschland liege bei den unbezahlten Überstunden weit vorne – auch im internationalen Vergleich.

Aus Sicht von Runge gibt es allerdings Handlungsbedarf wegen der Krankentage. Die Kunden hätten kein Verständnis dafür, wenn jemand krank sei, die Aufträge müssten erledigt werden: „Das muss funktionieren.“ Doch selbst mit leichtem Schnupfen blieben Beschäftigte zu Hause: „Die sind fünf Tage nicht da.“ Gegen den Trend gebe

es in seinem Unternehmen weniger Krankmeldungen. Seiner Wahrnehmung nach ist das auf den Bonus zurückzuführen.

Die Krankheitsausfälle sind nach Auswertungen von Krankenkassen im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen. Nach Angaben der Techniker Krankenkasse waren Erwerbstätige demnach 19,1 Tage krankgeschrieben – nach dem Rekordwert von 19,4 Tagen im Vorjahr. Eine Studie der DAK kam unlängst zum Ergebnis: Der Krankenstand sei nicht auf das „Blaumachen“ von Beschäftigten zurückzuführen. Grund für den Anstieg der Fehltage seien vor allem ein neues elektronisches Meldeverfahren und Erkältungswellen. Der Vorstand der Krankenkasse warnte vor einer „Misstrauenskultur in der Arbeitswelt“.

Aus Sicht von Arbeitsmarktforscher Weber handelt es sich im Bremer Fall um einen „Nicht-krank-Bonus“ – und nicht einen echten Vertretungsbonus. Der könne durchaus sinnvoll sein, wenn damit die Übernahme zusätzlicher Aufgaben honoriert werde und nicht das Ausbleiben von Krankmeldungen. Arbeitgeber sollten nach Einschätzung von Weber besser das Gespräch mit ihren Mitarbeitern suchen, wenn diese sich auffällig oft krankmeldeten: Woran liegt das? Wo passt die Motivation nicht?

Mehr Geld für Briefträger

Bonn/Königswinter. Tarifstreit beendet: Die rund 170.000 Briefträger, Postboten und anderen Logistikmitarbeiter der Deutschen Post erhalten ab 1. April 2,0 Prozent mehr Geld. Ab 1. April 2026 soll es eine weitere Erhöhung um 3,0 Prozent geben. Darauf haben sich das Unternehmen und die Gewerkschaft Verdi in der vierten Verhandlungsrunde geeinigt, wie die Deutsche Post und Verdi mitteilten. Außerdem gibt es ab 2026 für alle einen Tag mehr Urlaub. Wer 16 Jahre oder länger bei der Post beschäftigt ist, bekommt einen zweiten zusätzlichen Urlaubstag. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten und beginnt rückwirkend zum 1. Januar. „Nach einem sehr hohen Tarifabschluss im Jahr 2023 realisieren wir jetzt erneut Lohnsteigerungen, die die Kaufkraft unserer Beschäftigten über die vereinbarte Laufzeit des Tarifvertrags erhalten“, sagte Post-Personalvorstand Thomas Ogilvie. „Das ist ein ordentliches Ergebnis, das ohne den Druck und die hohe Streikbereitschaft unserer Mitglieder so nicht hätte erreicht werden können“, betonte die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Kocsis. DPA

Trump stoppt Militärhilfe für die Ukraine

USA ziehen Lieferungen von Waffen und Munition zurück

Warschau. Drei Jahre nach Kriegsbeginn stellt die US-Regierung ihre Militärhilfe für die Ukraine vorerst ein und bringt das von Russland angegriffene Land damit in schwere Nöte. Präsident Donald Trump wolle einen Friedensschluss erreichen, hieß es aus dem Weißen Haus. Die Hilfe werde daher bis auf Weiteres ausgesetzt und überprüft. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit der Aussage, ein Deal zur Beendigung des Kriegs sei noch in weiter Ferne, erneut den Zorn Trumps auf sich gezogen.

Der Stopp der US-Militärhilfe, der wenige Tage nach einem beispiellosen Eklat während Selenskyjs Besuch im Weißen Haus verkündet wurde, dürfte drastische Folgen für die Ukraine haben. Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 waren die Vereinigten Staaten der wichtigste Unterstützer des Landes bei der Verteidigung gegen den Aggressor Russland.

Trump's Anordnung trete sofort in Kraft und betreffe Waffen und Munition im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar, die bereits in der Auslieferung oder bestellt

worden seien, berichtete die „New York Times“.

Dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk zufolge setzten die USA den angekündigten Stopp von Hilfslieferungen bereits am Dienstag um. „Meldungen von der Grenze, von unserem Drehkreuz in Ja-



Donald Tusk kündigte „außergewöhnliche“ Entscheidungen an. FOTO: DPA

sionka, bestätigen die Ankündigungen der amerikanischen Seite“, sagte Tusk in Warschau. Es gebe keinen Grund zur Annahme, die US-Ankündigungen seien „nur leere Worte“, zitierte ihn die örtliche Nachrichtenagentur PAP.

Der Flughafen Rzeszow-Jasionka im Südosten Polens und die von dort in die nahe Ukraine führende Bahnlinie gelten als wichtigster Transportweg für europäische und amerikanische Militärgüter für die Ukraine. Auch Selenskyj unternimmt seine Auslandsreisen gewöhnlich von diesem Flughafen aus.

Tusk nahm die Beobachtungen zum Anlass für einen Solidaritätsaufruf: „Das bringt Europa, die Ukraine und Polen natürlich in eine schwierigere Lage, aber wir müssen uns dieser Situation stellen.“ Seine Regierung werde in den nächsten Tagen und Wochen Entscheidungen treffen, die auch „außergewöhnlich“ sein könnten und volle Unterstützung bräuchten. Es sei absolut notwendig, „sinnlose Diskussionen“ in dieser Zeit zu vermeiden, so der frühere EU-Ratspräsident. DPA

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
14°	0°	0%

Viel Sonne, frühlingshaft mild
 Ausführliches Wetter Seite 6

Familienanzeigen 16
 Fernsehen 23
 Lesermeinung 24
 Rätsel & Roman 22
 Tipps & Termine 10
 Kinderzeitung extra 24

H 7166 • 28189 BREMEN

